

Jüdische Stimme für
gerechten Frieden in Nahost
(EJJP Deutschland)



European Jews
for a Just Peace
(EJJP)

Vorläufiges Selbstverständnis

Wir, Frauen und Männer jüdischer Herkunft in Deutschland, haben uns vereinigt, um sichtbar zu machen, dass wir aus den historischen Erfahrungen unserer Vorfahren um die Entwürdigung und den Schmerz wissen, die Menschen zugefügt werden, wenn sie systematisch ausgegrenzt und entrechtet werden. Es darf sich kein Volk über ein anderes Volk und kein Mensch über einen anderen Menschen erheben. Alle Menschen sind gleich an Rechten geboren.

Unsere Vereinigung mit dem Namen *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost – EJJP Deutschland* ist eine Sektion der im Jahre 2002 in Amsterdam gegründeten Föderation, „European Jews for a Just Peace“. Die „Erklärung von Amsterdam“, auf die sich Vertreter und Vertreterinnen von 18 Friedensorganisationen aus neun Ländern Europas seinerzeit verständigten, ist die Basis auch für die Arbeit der *Jüdischen Stimme* in Deutschland.

Die *Jüdische Stimme* verurteilt die seit 37 Jahren andauernde Besetzung der Westbank, des Gazastreifens und von Ostjerusalem durch den israelischen Staat als einen nicht hinnehmbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, gegen das Völkerrecht und gegen alle Beschlüsse der Vereinten Nationen dazu seit 1967. Die tagtägliche Besetzungspraxis greift in alle Lebensbereiche des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten ein und hat nachhaltig zerstörerische Wirkung. Die Gründung einer deutschen Sektion des EJJP ist durch den Entschluss ihrer Mitglieder motiviert, gemeinsam mit Juden und Jüdinnen in Europa, auch hierzulande öffentlich allen zu widersprechen, die in Israel und anderswo vorgeben, die Besetzung und Besiedlung von Gebieten außerhalb der Grenzen Israels geschehe zum Schutz, im Namen und im Interesse aller Juden der Welt.

Wichtigster Adressat unseres Wirkens ist die bundesdeutsche Regierung. Wir erwarten von der deutschen Regierung, dass sie mit allen politischen Mitteln auf einen Kurswechsel der israelischen Regierung hinwirkt. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie ihr ökonomisches und politisches Gewicht für Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten fruchtbar macht und damit zum Wohle aller dort lebenden Völker beiträgt.

Die Mitglieder und Freunde der *Jüdischen Stimme* sind sich der überwältigenden Asymmetrie bewusst, die zwischen der strukturellen Gewalt besteht, die von der Regierung und den Militärorganen des israelischen Staats in den besetzten Gebieten ausgeübt wird einerseits und den Gewaltformen, die von den nicht staatlichen Organisationen und Individuen in Palästina ausgehen andererseits. Alle geschichtliche Erfahrung zeigt, dass vergleichbar asymmetrische und inhumane Dominanzverhältnisse einen widerständigen Untergrund produzieren, der militärisch nicht besiegtbar ist. Das Existenzrecht des Staates Israel wird erst dann zur unangefochtenen und nicht gefährdeten Selbstverständlichkeit werden, wenn seine Regierung versteht, dass dasselbe Existenzrecht und ein Leben in Frieden und Würde auch für den benachbarten palästinensischen Staat und seine Bevölkerung unverzichtbar sind.

Gewalt gegen Zivilisten und insbesondere auch Selbstmordattentate islamistischer Organisationen werden von der *Jüdischen Stimme* moralisch und politisch verurteilt. Sie hält am Prinzip der Gewaltfreiheit als oberstem Gebot bei der Lösung von Konflikten fest. Darin ist sie sich mit allen Organisationen in Palästina und in Israel einig, die mit ausschließlich politischen Mitteln auf Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Frieden zwischen dem israelischen und palästinensischen Volk hinwirken.

Indem die *Jüdische Stimme* für einen gerechten Frieden im Nahen Osten eintritt, widersetzt sie sich der Ausgrenzung der Palästinenser durch die israelische Regierung. Den Vorwurf, dass die Verurteilung der Besatzungspolitik der israelischen Regierung per se antisemitisch sei, weist sie als unhaltbar zurück.

Vor dem Hintergrund zunehmender Erscheinungen von Antisemitismus, Rassismus und anderer Formen der sozialen und politischen Ausgrenzung in Deutschland und seinen Nachbarländern sind sich die Mitglieder und Freunde der *Jüdischen Stimme* darüber einig, dass allein der entschlossene Widerstand gegen *alle* Ausprägungen der Herabstufung und Verachtung von Menschen diesen die Grundlagen entziehen kann. In Deutschland gilt es jedoch klar zu sagen: Positionen, hinter denen sich antisemitische Einstellungen verbergen, sind mit dem Anliegen der *Jüdischen Stimme* unvereinbar. In inneren politischen Gesprächen wird ebenso wie im Zusammengehen mit anderen Organisationen und Gruppen stets zu berücksichtigen sein, dass einzelne ihrer Mitglieder und Freunde selbst Diskriminierung erlebt haben oder erleben.

Berlin, 25. Januar 2004